

Schönburger Tageblatt

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis nachmittags 2 Uhr.
Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 25 Pf.
Inserate pro Zeile 10 Pf., Einzel 20 Pf.
Expedition: Waldenburg, Kirchgasse 255.

und Waldenburger Anzeiger.

Filialen: in Altstabiwaldeburg bei Herrn Kaufmann Max Liebezeit; in Penig bei Herrn Kaufmann Rob. Härtig, Mandelgasse; in Rochsburg bei Herrn Buchhalter Faust; in Lunzenau bei Hrn. Buchhldr. E. Dieke; in Wechselburg bei Herrn Schmied Weber; in Lichtenstein b. Hrn. Buchh. J. Wehrmann.

Amtsblatt für den Stadtrath zu Waldenburg.

Zugleich weit verbreitet in den Städten **Penig, Lunzenau, Lichtenstein-Callenberg** und in den Ortshäufen der nachstehenden Standesamtsbezirke: **Altstadt-Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, St. Egidien, Ehrenhain, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenchursdorf, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Niedermiera, Obergräfenhain, Obermiera, Oberwinkel, Delsnitz i. G., Reichenbach, Remse, Rochsburg, Rußdorf, Schlagwitz, Schwaben, Steinbach, Wechselburg, Wiederau, Wolfenbürg und Ziegelheim.**

№ 54.

Sonntag, den 6. März

1887.

Witterungsaussichten für den 6. März:

Wind um West. Theils trübe und neblig, theils aufklärend, bei kühlerer Temperatur.

Waldenburg, 5. März 1887.

Der neue Reichstag ist constituirt, das Präsidium gewählt. Die Ruhe, welche der 21. Februar geschaffen, hat auch jetzt angehalten, um so mehr, da durch die Thronrede kein neues und störendes Moment hervorgetreten ist. Im Gegentheil giebt das Schriftstück deutlich kund, daß wir auswärtige Verwickelungen nicht zu befürchten haben in der nächsten Zeit, und daß die Reichsregierung hofft, den Frieden ungestört zu erhalten. Damit sind also die kriegerischen Nachrichten für jetzt beseitigt, und wenn ihre Wiederkehr bei dem eigenen Stande der Dinge im Orient auch nicht ausgeschlossen erscheint, so können wir doch annehmen, daß sie Deutschland nicht berühren werden. Die bulgarischen Wirren können das deutsche Reich erst dann betreffen, wenn sie zu einem russisch-österreichischen Kriege geführt haben sollten. Nach der Erklärung, welche in den Pesther Delegationen abgegeben worden sind, ist aber auch der so bald nicht zu befürchten; wenigstens wird er von österreichischer Seite entschieden nicht gewünscht. Unter solchen Umständen kann der neue Reichstag nach der Erlebigung der Militärvorlage und des Reichshaushaltsetats ruhig sich der Lösung der zweiten großen Frage widmen, welche die Thronrede ankündigt, der Finanzfrage. Vor der Einberufung des Reichstages ist es vielfach bezweifelt, ob denn wirklich der Volksvertretung neue Steuervorlagen zugehen würden. Die Thronrede hat diese Zweifel beseitigt. Welchen Gegenstand das neue Steuergesetz betreffen wird, ist noch nicht gesagt; es finden darüber augenscheinlich noch Verhandlungen statt, denn auch die feste Regierungsmehrheit im Reichstage kann nicht jede Steuervorlage kurzer Hand genehmigen. Ohne eine sehr genaue Prüfung wird es nie abgehen können.

Die in den Stichwahlen gewählten Abgeordneten werden gerade rechtzeitig zur Militär-Debatte in den Reichstag eintreten können. Die Stichwahlen haben die Regierungsmehrheit gesichert, die freisinnige Partei in ihrem Besitzstande verstärkt, die freilich immer nur halb so stark erst ist, wie in der vorigen Session, und die Hoffnungen der Socialdemokraten auf einen starken Gewinn gründlich getrübt. Die Socialisten führen, trotzdem sie mehrere hunderttausend Stimmen mehr als 1884 errungen, nur halb so stark in den Reichstag zurück. Sie meinten, selbstständig allen Parteien Schwach bieten zu können, und sehen nun zu spät ein, daß ihre Voraussetzung eine total falsche war. Dieser Wahlausgang wird auch auf die socialdemokratischen Wähler einen tiefen Eindruck nicht verfehlen, auch diese werden erkennen, daß der Vorschlag, eine sociale Revolution herbeizuführen, leichter gefaßt, als ausgeführt ist, und sich wieder mehr den Ordnungsparteien anschließen. Das bedeutungsvollste Ergebnis der Stichwahl ist aber folgendes: Es ist bekannt, daß ein Theil der hochconservativen Abgeordneten immer noch gern mit der Centripartei Frieden und Freundschaft schließen möchten, wenn Herr Windthorst nur seine Oppositionsstellung etwas mäßigen wollte. Die Stichwahlen haben nun ergeben, daß im Reichstag keine Mehrheit aus Deutschconservativen und der Centripartei vorhanden ist; diese beiden Parteien zählen zusammen höchstens nur 180 Mitglieder. Die Nationalliberalen sind also für diesmal die ausschlaggebende Partei thätig geworden und werden es mindestens für diese Session bleiben.

Der anerkannte Führer der Nationalliberalen, Herr von Bennigsen, ist gleich in der ersten Sitzung des Reichstages als Führer der Regierungsmehrheit her-

orgetreten; es ist zweifellos, daß er auch bei den Oppositionsparteien ein größeres Ansehen genießt, als sonst ein nationalliberaler oder conservativer Abgeordneter. Es kann nicht Wunder nehmen, wenn angesichts der hervorragenden Rolle, zu welcher die Wahlen Herrn von Bennigsen verholfen, sofort Meldungen auftauchen, der Eintritt des genannten Herrn in die preussische Regierung, die damit einen nationalliberalen Charakter erhielte, stände bevor. Seiner Natur nach könnte Herr von Bennigsen nur Finanzminister oder Minister des Innern werden, also die Herren von Scholz oder Buttner zu ersetzen bestimmt sein. Thatsache ist es ja, daß 1877 Fürst Bismarck Herrn von Bennigsen den Eintritt in das Ministerium anbot; damals zerschlugen sich die Verhandlungen. Die verflochtenen zehn Jahre haben reiche Erfahrungen gebracht, auch für den Reichskanzler, und es wäre deshalb an und für sich nicht unmöglich, wenn er angesichts des Wahlausfalles abermals das Ministerportefeuille Herrn von Bennigsen und vielleicht auch noch Herrn Miquel darböte. Man darf aber auch nicht vergessen, daß eine Schwalbe noch keinen Sommer macht, daß es nicht unbedingt nötig ist, sofort einen Ministerwechsel vorzunehmen. Der Kanzler handelt rasch, aber zuvor überlegt er reiflich, und das Resultat dieser Ueberlegung bleibt noch abzuwarten. Etwas Gewisses kann heute Niemand sagen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Kaiser erledigte Freitag Regierungsangelegenheiten und fuhr am Nachmittag spazieren. Donnerstag Abend hatte der Monarch der musikalischen Soiree im Palais längere Zeit beigewohnt. Der deutsche Kronprinz empfing den Staatssekretär Grafen Herbert Bismarck. Zum 22. März kommen auch Prinz und Prinzessin Wilhelm von Württemberg nach Berlin.

Der Kaiser hat zum Bau einer zweiten Kirche nebst Zubehör in der Zionsgemeinde zu Berlin zwei Fünftel der auf 500,000 Mark berechneten Kosten bis zum Betrage von 200,000 Mark bewilligt.

Die „Berliner Zeitung“ entnimmt einem zuverlässigen Berliner Briefe folgende Aeußerung des Kaisers, welche der Monarch gegenüber einem höheren Officier gethan hat: „Er fühle sich um zwanzig Jahre verjüngt durch den Wahlausfall. Sein Volk hätte ihm kein schöneres Geburtstag- und Ostergeschenk machen können.“

Am 21. Februar wurden im ganzen deutschen Reiche Stimmen abgegeben: für Conservative 1,194,504 (gegen 1884 mehr 333,441), für Freiconservative 693,195 (gegen 1884 mehr 305,508), für Nationalliberale 1,658,158 (gegen 1884 mehr 661,125), für Freisinnige 549,302 (gegen 1884 weniger 447,702), für die Volkspartei 109,372 (gegen 1884 mehr 13,481), für das Centrum 1,627,095 (gegen 1884 mehr 248,701), für Polen 213,626 (gegen 1884 mehr 9438), für Socialdemokraten 774,128 (gegen 1884 mehr 224,102), für Elsaß-Lothringer 247,654 (gegen 1884 mehr 82,083), für Wilde 25,903 (gegen 1884 mehr 3134). Insgesamt sind abgegeben 7,091,991 Stimmen, das sind 1,429,034 mehr als 1884.

Der Parteibestand im Reichstage ist jetzt folgender: 82 Conservative, 38 Freiconservative, 100 Nationalliberale, 2 Liberale, 98 Centripartener, 4 Welsen, 13 Polen, 15 Elsaß-Lothringer, 1 Däne, 32 Freisinnige, 11 Socialdemokraten. In Kronach ist von Gagern (Centrum) wiedergewählt, in Marienwer-

der siegte Landrath Müller (cons.) über Spahn (Centrum), in Detmold ist Lengerke (natlib.) gegen Bixler (frei.) gewählt. In Solingen und Eberfeld haben der „Köln. Ztg.“ zufolge eine große Zahl von Centripartenern für den Socialdemokraten gestimmt.

Die Friedensversicherungen der Reichstags- thronrede sind wie im deutschen Reiche, so auch im Ausland zustimmend begrüßt. Namentlich die Wiener und Londoner Blätter sprechen sich so aus, aber auch die Pariser sagen, das Schriftstück bedeute eine Friedensbürgschaft. Lediglich die radikale „Justice“ meint, die Rede sei belanglos.

Das „Berl. Ztbl.“ hatte die Nachricht gebracht, Herr von Bennigsen werde zum preussischen Minister des Innern ernannt werden. Die „Nat.-Ztg.“ schreibt, die Mittheilung sei von Anfang bis zu Ende erfunden.

Folgende Alarmdepesche ist aus Zanzibar in Paris eingegangen: Das deutsche Geschwader ist soeben in südlicher Richtung nach einer unbekanntem Bestimmung abgegangen. Man ist darüber verwundert, denn in dem nordwärts liegenden Witu-Land haben die Somali's die Deutschen verjagt. (?)

Gegen die Gültigkeit der Stichwahl im Wahlkreise Waldenburg in Schlesien soll Protest erhoben werden, weil in einzelnen Amtsbezirken des Wahlkreises der Tag der Stichwahl amtlich auf den Dienstag angekündigt war, während er in Wirklichkeit schon Montag war.

Der „Köln. Ztg.“ wird aus München telegraphirt: Mit äußerster, jeden Zweifel ausschließender Bestimmtheit kann ich behaupten, daß in keinem Briefe, keiner Depesche, keiner irgendwie lautenden Mittheilung des Papstes, des Staatssekretärs oder Vatikan's auch nur die leiseste Spur einer Anerkennung oder eines Vertrauensvotums für die Führer des Centripartener enthalten sei. Anderslautende Behauptungen sind falsch und wohl zu Wahlzwecken erfunden.

Das preussische Abgeordnetenhaus genehmigte am Freitag ohne wesentliche Debatte in zweiter Lesung den Gesetzentwurf betr. die Organisation der Kranken- und Unfallversicherung für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter im Wesentlichen nach der Regierungsvorlage. Der Gesetzentwurf betr. die Aufhebung mehrerer älterer Verordnungen über das Feuerlöschwesen in der Provinz Schlesien wurde in erster und zweiter Lesung unverändert genehmigt. Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr (dritte Lesung des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes.)

Die Unterrichtscommission des preussischen Abgeordnetenhauses beschloß, Petitionen um Gleichstellung der akademisch gebildeten Lehrer nichtstaatlicher Anstalten mit solchen staatlichen Patronates der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Kirchencommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat am Donnerstag die Generaldebatte der Vorlage beendet, und am Freitag die Specialdebatte begonnen, die man mit Anfang nächster Woche zu schließen hofft. Die Abänderungsanträge des Bischofs von Fulda fanden sowohl in der Commission, wie bei den Vertretern der Staatsregierung Widerspruch.

Oesterreich-Ungarn.

General Raulbars, der zu kurzem Aufenthalt sich in Wien befindet, ist dort interviewt. Er sagte u. A.: „In Bulgarien herrscht eine wilde Bande; auch die Armee hat sich der Regierung bemächtigt und terrorisirt im Verein mit der derzeitigen Regierung die Bevölkerung. Die Mehrheit der Bevölkerung ist mit dem